

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/55. Jahrgang

August 2024

Schutzgebühr: 0,40 €

Keine Kalaschnikows auf Gießens Straßen

Die Stadtverordnetenversammlung geht einmal wieder die wichtigen Probleme in Gießen an. Es geht um die Einrichtung einer Waffenverbotszone. Jetzt prescht die CDU voran: Der Magistrat soll sich bei der Landrätin dafür einsetzen. Der Gießener Anzeiger kommt zu einer widersprüchlichen Einschätzung bezüglich der Haltung von Bürgermeister Wright. So schreibt die Zeitung, er komme in seinen Ausführungen „zu einem eindeutigen Ergebnis“. Er wird dann aber mit folgender Aussage zitiert: „[...] kann dies [...] einen sicherheitsrelevanten Mehrwert für die Stadt Gießen bedeuten“. So ganz sicher scheint er sich über den Nutzen einer solchen Aktion nicht zu sein. Die polizeiliche Statistik wird befragt: Die Straftaten auf öffentlichen Plätzen haben zugenommen und es wurden häufiger Messer eingesetzt. Der Einsatz anderer Waf-



fen blieb aber nahezu unverändert. Mal wieder wird mit Statistik Politik gemacht. Die Wirksamkeit von Waffenverbotszonen ist umstritten. So wurde 2023 vom Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt eine Waffenverbotszone in Halle als unwirksam eingestuft. 2020 war eine solche Zone eingerichtet worden.

Seitdem bestimmen Verbotsschilder und erhöhte Polizeipräsenz den städtischen Raum. Polizeikontrollen wurden ohne konkrete Verdachtsmomente durchgeführt. Waffenverbotszonen sind polizeilich eingerichtete Sonderzonen, die es der Polizei ermöglichen, Maßnahmen gegen Personen auch ohne konkreten Tatverdacht durchzuführen. Wusste vorher kein Mensch, dass ein Ort gefährlich ist, durch die Einrichtung einer solchen Zone, weiß es dann jeder. Darüber hinaus sind solche Bereiche auch ein Experimentierfeld für neue polizeiliche Maßnahmen.

Waffenverbotszonen sind Ausdruck einer Entwicklung, dass die politische Klasse immer stärker dazu übergeht, politische und soziale Probleme mit Maßnahmen des Polizeistaates zu regeln.

Henning

1. September – ein Tag gegen Militarisierung und Kriegsvorbereitung S. 2

Kall, mei Drobbe – Kurz und Gießen: Bahnhofsmision und Landesehrenbrief S. 3

Milliarden für die Wirtschaft – Fünf Euro für Kinder S. 4

Stolpersteine S. 5

Staatsräson S. 7

Nur ein Schatten blieb von ihm in Hiroshima*

Am 6. und 9. August 1945 wurden die Städte Hiroshima und Nagasaki Ziel der ersten und bislang einzigen Atombombenabwürfe. Etwa 92.000 Menschen töteten die Bomben sofort, ca. 130.000 weitere Menschen starben bis zum Jahresende an den Folgeschäden.

Auch 79 Jahre danach gedenken wir der Opfer. Sie mahnen uns, für eine Welt ohne Atomwaffen einzu-

treten. Doch noch immer gibt es weltweit 12.700 Atomwaffen von denen etwa 1.800 in ständiger Alarmbereitschaft gehalten werden. Sie können der Menschheit innerhalb weniger Minuten ein Ende bereiten.

Das Ende des Zeitalters der Atomwaffe ist heute noch in weiter Ferne. Das Inkrafttreten des Atom-

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

So könnte Karl das sehen!

„Früher war alles viel besser!“ Oder auch nicht! In der Gießener Friedenspolitik jedenfalls stimmt es.

1958 stimmte das Gießener Stadtparlament zu, dass Gießen atomwaffenfreie Zone wird. Antragsteller: SPD

Am 17.10.1985 stimmte das Stadtparlament zu, dass Gießen der Hiroshima-Partnerschaft der Städte beiträgt: „Die Universitätsstadt Gießen unterstützt das von den Städten Hiroshima und Nagasaki initiierte "Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen". Antragsteller: Die GRÜNEN
2024 gehört die Politik beider Parteien zu den kriegstreiberischen Kräften in unserem Land.



Fortsetzung von Seite 1: **Nur ein Schatten blieb von ihm in Hiroshima**

waffenverbotsvertrages (AVV) in 2021 lässt uns Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Welt schöpfen. Mittlerweile wurde der Vertrag von 66 Staaten ratifiziert. 91 Staaten haben ihn unterzeichnet (Stand: Juni 2024).

Die Botschaft, die der Atomwaffenverbotsvertrag in die Welt sendet, ist eindeutig: Die humanitären Folgen eines Einsatzes von Atomwaffen sind inakzeptabel. Deshalb müssen wir diese Waffen abschaffen – bevor sie uns abschaffen. Diese Botschaft richtet sich auch an die

Bundesregierung, welche sich bis heute weigert, die US-amerikanischen Atomwaffen aus Büchel abziehen zu lassen und dem Verbotsvertrag beizutreten.

Ganz im Gegenteil hat sich die Ampel-Regierung mit dem 100-Mrd.-Aufrüstungspaket dafür entschieden, neue Flugzeuge vom Typ F-35 anzuschaffen. Diese sol-

len die bisher für die nukleare Teilhabe zur Verfügung stehenden Tornados ablösen. Damit werden die Weichen für eine jahrzehntelange Fortsetzung der nuklearen Teilhabe gestellt.

*Link zum Lied von Puhdys:
<https://www.youtube.com/watch?v=5biW8kyFDQU>*



Di. 6.8. um 17 Uhr:

Kundgebung "Hiroshima mahnt" am Hiroshima-Platz (Katharinengasse)

1. September – ein Tag gegen Militarisierung und Kriegsvorbereitung: Fast alle Kriege begannen mit einer Lüge

Am 1. September jährt sich zum 75. Mal der Tag, an dem Hitler mit der Lüge „Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen“ den Krieg gegen Polen begann. Im Juni 1941 (Unternehmen Barbarossa) überfiel die Wehrmacht mit einer weiteren Lüge „die Rote Armee wolle Deutschland angreifen“ die Sowjetunion. Am Anfang des 1. Weltkriegs stand die Lüge des Kaisers „Mitten im Frieden überfällt uns der Feind“. Fast alle Kriege begannen mit einer Lüge. Jetzt wird mit der Lüge „in wenigen Jahren wird Russland einen NATO-Staat angreifen“ der nächste Krieg vorbereitet.

Schreckliche Kriegserfahrungen führten dazu, dass unser Grundgesetz die Verpflichtung zum Frieden enthält. Diese wurde bald mit Gründung der Bundeswehr relativiert. Die Sätze „Nie wieder Krieg“ und „Nichts ist wichtiger als der Frieden“ blieben für große Teile der Bevölkerung richtig. Im 2+4-Vertrag, der zum Anschluss der DDR führte, verpflichtete sich Deutschland, dass



vom vereinigten Land nie wieder militärische Gewalt ausgehen sollte. Seit Deutschlands Zustimmung zur Osterweiterung der NATO und damit der militärischen Einkreisung Russlands ist das alles vergessen. Deutschland soll kriegstüchtig werden. Fast alle Medien stellen den nächsten Krieg gegen Russland als unvermeidlich dar. Keine Zeitung mehr ohne Hetze, keine Kultursendung in Radio und Fernsehen, keine Auslandsberichte ohne Propaganda zur Förderung der Kriegsbereitschaft. Sogar staatstreue Satiriker gieren nach mehr Waffen. Jeder Versuch zur Entspannung gilt als Verrat. Sanktionieren, Provozieren, mit immer neuen Waffen drohen –

das ist das Einzige, was den Politikern einfällt.

Besonders gefährlich ist die angekündigte Stationierung weitreichender Raketen und Marschflugkörper in Mitteleuropa. Der Staat, auf den diese Waffen gerichtet sind, muss in wenigen Minuten entscheiden, ob ein anfliegendes Flugobjekt gefährlich ist. Ein Atomkrieg aus Versehen ist dann jederzeit möglich. In den Jahrzehnten des Kalten Krieges gab es mehrere solche Situationen, zum Glück ging es damals gut.

Die USA dulden in ihrer Nachbarschaft keine Militäranlagen, die ihnen gefährlich werden können. Warum wird das der Volksrepublik China und Russland nicht auch zugebilligt? In den Jahrzehnten vor 1990 haben Verhandlungen ohne Vorbedingungen zur Entspannung und zur Erhaltung des Friedens geführt. Wir brauchen eine Friedensbewegung, die für ein Ende der Militarisierung eintritt.

Gernot Linhart

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



Das Leben ist halt ein Lotteriespiel

So etwa denkt die evangelische Kirche, bzw. ihre Diakonie und schließt die Bahnmissionsmission in Gießen. Warum? Weil sie das Geld anderswo verplempern kann.

Da muss jetzt für die Ärmsten und die es bitter nötig haben die Hilfe eingestellt werden. Und woher kommt das Geld für die milden Gaben – von der Hessen-Lotterie. So

schließt sich der Kreis! Armes Deutschland!

Landesehrenbrief für Helmut Appel

Wenn einem Kommunisten der Landesehrenbrief für ein langjähriges ehrenamtliches und vielseitiges Engagement überreicht wird, muss er schon äußerst ungewöhnlich und lang Nützlich für die Gesellschaft vollbracht haben. Und das hat Helmut Appel! Nicht erst seit 2014 im Vorstand und jetzt als Vorsitzender von Blau-Weiß Gießen, dem Verein, der den Kindern der Nordstadt nicht nur Fußball, sondern auch ein Zuhause bietet. Dafür zeichnete das Land auch den Verein immer wieder aus. Helmut's Engagement begann nicht erst 2021, als er Vorsitzender

eines Kleingartenvereins wurde. Er war Jahrzehnte lang Betriebsrat und ist immer noch Mitglied der Gewerkschaft HBV/VERDI. Er engagiert sich intensiv gegen eine Sonntagsöffnung zugunsten der Beschäftigten im Einzelhandel.



Helmut Appel und OB Thilo Becher

Helmut ist auch seit über 55 Jahren aktiv in der DKP. Er organisierte in der Nordstadt Kinderfeste und über etliche DKP-Fußballturniere mit Freizeitmannschaften, setzte sich unter anderem für den Erhalt des Bolzplatzes an der Ederstraße ein. In der Nordstadt wird sein Rat erfragt und gehört. Was viele nicht mehr wissen – Helmut war lange Jahre ein Mittelpunkt der Gießener Songgruppe, die sich für neue Jugendzentren in ganz Hessen, aber besonders für das Jugendzentrum „Kanzleiberg“ in Gießen starkmachte. Er hat den Landesehrenbrief verdient.

Umverteilung von oben nach unten!

Der 05.07.2023 und der 05.07.2024 In der Rüstung sind sie fix, für Soziales tun sie nix

Am 05.07.2024 hat sich die Bundesregierung, in Gestalt von Kanzler Scholz, Wirtschaftsminister Habeck und Finanzminister Lindner unter anderem darauf geeinigt, das **Kindergeld** zum 01.01.2025 um fünf Euro zu erhöhen. Das monatliche Kindergeld beträgt seit dem 01.01.2023 250 Euro, die Erhöhung wären demnach 2%. Nun lag aber die Inflation 2023 bei 5,9% und für 2024 sagt die Bundesbank eine von 2,7% voraus, zusammen über 8,7%. Die 250 Euro Kindergeld sind also Ende 2024 inflationsbedingt nur noch 228,25 Euro wert. Die fünf Euro Erhöhung bedeuten damit eine Festschreibung einer tatsächlichen Kürzung des Kindergeldes. Um wenigstens die Inflation auszugleichen, wären bei 17,2 Mio. Kindern, für die Kindergeld ausbezahlt wird,

insgesamt **4,5 Mrd.** nötig. Das sind jährlich **3,5 Mrd. Euro** mehr als veranschlagt.

Am 05.07.23 beschloss der Bundestag im Rahmen der von Kanzler Scholz genannten Zeitenwende neben einem 100 Mrd. Rüstungssondervermögen auch den Kauf von **60 Transporthubschraubern** des Typs CH-47F Chinook Block II. Der Gesamtpreis für die Hubschrauber plus Ausrüstung und Infrastruktur wie z. B. neue Hallen beläuft sich auf **7,8 Mrd. Euro**. Umgerechnet bedeutet dies, dass ein kompletter Hubschrauber 130 Mio. Euro kostet. Ein Verzicht auf das Programm würde Geldmittel freimachen, die mehr als das Doppelte des Finanzbedarfs für das Kindergeld ausmachen.

Geliefert werden sollen die neuen Hubschrauber ab 2027, Kosten-

steigerungen sind also nicht auszu-schließen.

Die DKP fordert: Stoppt die Aufrüstung, keinen weiteren Sozialabbau für Kriegsvorbereitung und Kriegstüchtigkeit! Frieden mit Russland und China!

H.R.



Kindergeld:

250 Euro plus 8,76% = 271,90 Euro
(also Steigerung von 21,90 Euro)
5 Euro x 17,2 Mio. Kinder x 12 Monate = 1 Mrd. Euro
21,90 Euro x 17,2 Mio. Kinder x 12 Monate = 4,5 Mrd. Euro
Also: **3,5 Mrd. Euro** mehr

**60 Transporthubschrauber:
7,8 Mrd. Euro**

Milliarden für Selenski, Milliarden für Rüstung, Milliarden für Chipkonzerne – Fünf Euro für Kinder



Trotz angeblichem Geldmangel und Schuldenbremse ist die Regierung bei manchen Ausgaben großzügig. 60 Mrd. Euro soll die ukrainische Regierung im nächsten Jahr von der EU bekommen, den größten Anteil trägt Deutschland. Der Rüstungs-etat soll mindestens 75 Mrd. betragen (53,35 Mrd. plus 22 Mrd. Anteil „Sondervermögen“, Quelle: „Augengeradeaus.net“), die angestrebte Kriegstüchtigkeit (und -süchtigkeit?) verlangt das. Mehrere Chip-Konzerne erhalten bis zu 10 Mrd. Euro Investitionszuschüsse, damit sie diese Scheibchen in Deutschland

herstellen. Von Verpflichtungen zur Tariftreue und Steuerehrlichkeit ist nichts bekannt. Für die versprochene Kindergrundsicherung bleibt da nichts übrig. Mit dieser Zahlung für alle Kinder sollte die Kinderarmut verringert werden. Als Ersatz wird das Kindergeld um Fünf Euro erhöht – das ist nicht einmal ein Inflationsausgleich. Gutverdienende Eltern erhalten mehr. Die für sie vorgesehenen höheren Steuerfreibeträge bringen beim höchsten Steuersatz etwa 20 Euro mehr pro Kind und Monat.

Kinder scheinen im hier herr-

schen System ziemlich unerwünscht zu sein. Kinderkliniken bleiben auch nach der sogenannten Krankenhausreform defizitär, Entbindungsstationen werden geschlossen, in Kindertagesstätten fehlt Personal, viele Gemeinden erhöhen die Gebühren für die Betreuung. In den Schulen herrscht Lehrermangel, besonders im Grundschulbereich. Der Protest gegen alle diese Zumutungen ist leider noch viel zu schwach oder geht in eine falsche Richtung.

Gernot Linhart

Stolperstein für Heinrich Creter

Heinrich Creter, Jahrgang 1900, war zu Zeiten der Weimarer Republik politisch nicht hervorgetreten, er gehörte keiner Partei an. Nachdem Hitler an die Macht gebracht wurde, kam Heinrich in Kontakt mit Hans Rosenbaum und Maria Baitz (heute bekannter als Ria Deeg), zwei Gießener Kommunisten, die ihn für die illegale Widerstandsarbeit gewannen.



Zusammen mit den beiden gehörte er zu den führenden Genossen der bedeutendsten Gießener Widerstandsgruppe. KPD und SPD waren verboten, jedwede Form von Widerstand wurde verfolgt. Man verteilte zentrale Materialien der KPD und selbst hergestellte Flugblätter, die in einer illegalen Werkstatt in Gleiberg gedruckt wurden.

Alle Beteiligten waren von schwersten Strafen bedroht und

mussten stets mit ihrer Festnahme rechnen. Zuerst traf es, bereits in 1933, die Kontaktleute der illegalen Leitung der KPD. Der Hanauer Paul Obenauer wurde zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilt, Maria Sevenich floh in die Schweiz. Ria Deeg wurde Ende 1934 verhaftet und bis 1938 eingesperrt, mit ihr wurde der Wiesecker Karl Hofmann verurteilt, der bis 1943 in Zuchthaus und Konzentrationslager eingesperrt wurde. Bei der nächsten Verhaftungswelle Gießener Kommunisten im November 1935 verurteilte man den ehemaligen Landtagsabgeordneten der KPD, den Wiesecker Wilhelm Lenz und acht Mitangeklagte zu insgesamt 26 Jahren Haft. Darauf folgte für einige noch Konzentrationslager. Mit jeder Verhaftung wurden die Möglichkeiten für Öffentlichkeitsarbeit kleiner und nahm die Wichtigkeit der materiellen Unterstützung der Angehörigen der Eingekerkerten zu.

Hierzu wurden bei Sympathisanten Gelder für die "Rote Hilfe" gesammelt und an die Bedürftigsten verteilt. Hans Rosenbaum wurde im April 1937 verhaftet. Heinrich Creter und Walter Deeg versuchten noch Deutschland zu verlassen und sich den republikanischen Truppen

im spanischen Bürgerkrieg anzuschließen. Kurz darauf wurden alle verhaftet und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Nachdem Heinrich seine fünf Jahre Zuchthaus verbüßt hatte, wurde er im Juni 1942 in das KZ Buchenwald überführt, was er gesundheitlich schwer gezeichnet überlebte. 1947 verstarb er nach einer Lungen-OP.

Seine Witwe bekam nur 44 DM Rente und musste bis 1955 um die Zahlung der Mindestrente von 155 DM kämpfen, obwohl der Tod an den Haffolgen anerkannt wurde.

Dieter Bender



Dieter Bender

Stolpersteine – Was heißt antifaschistische Erinnerung heute



Die Stolpersteine sind ein Projekt des Berliner Künstlers Gunter Demnig, das im Jahr 1992 begann. Mit den kleinen Gedenktafeln soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die in der Zeit des Faschismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Selbstmord getrieben wurden. Es gibt etwa 100.000 Stolpersteine in 29 Ländern, davon mehr als 90.000 in Deutschland. Sie bilden zusammen das größte Mahnmal weltweit,

das an die Verbrechen der Faschisten erinnert. Es geht also um Erinnerung! Erinnerung ist zum einen eine individuelle Angelegenheit. Allerdings gibt es keine Erinnerung ohne einen geschichtlichen und gesellschaftlichen Rahmen. Für die antifaschistische Bewegung war der Schwur von Buchenwald programmatisch.

Darin heißt es: "Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!" Hat nicht so richtig geklappt!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Dieses Ziel blieb auch unerreicht, weil schon die Unter-

scheidung zwischen Haupt- und Nebenwurzeln umstritten war.

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Blieb bis heute ein ferner Traum. Ganz im Gegenteil Krieg und Unfreiheit sind allgegenwärtig.

Diesen Schwur kann man in folgendem Satz zusammenfassen: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!"

Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Frage beantwortet wird, woher Faschismus kommt. Am Anfang muss hierbei die Erkenntnis stehen, dass Faschismus nicht viel mit der Psychologie einzelner zu tun hat, sondern mit politischen und ökonomischen Interessen. An die Stelle moralischer Appelle muss die Erkenntnis treten, dass die Krise des Kapitalismus und ihre Folgen eine wesentliche Ursache für den Aufstieg der Rechten weltweit ist. Soll Antifaschismus mehr sein als eine hohle Phrase, muss er antikapitalistisch sein und eine wirklich neue Welt des Friedens und der Freiheit zum Ziel haben.

Palästina Veranstaltung

Am 4.7.2014 fand in Gießen eine Veranstaltung von DKP und ARAG zum Thema „Flächenbrand Nahost“ mit Anita di Bianco von der jüdischen Stimme und dem Autor und Experten Manfred Ziegler statt. Der Vortragsraum in der Kongresshalle war voll besetzt.

„Die G7-Staaten warnen inzwischen in einem Lippenbekenntnis vor einer Schwächung der Autonomiebehörde und vor einer Eskalation an der Grenze zum Libanon. Ohne Waffenstillstand in Gaza – vielleicht im sechsten Anlauf – bleibt jedoch die gesamte Region unter dem Schatten eines möglichen Krieges“ - so Manfred Ziegler, der auch ausführlich über die Entstehung von Israel und Palästina referierte.

Anita di Bianco berichtete von Widerstandskämpfen und der Problematik, die Menschen in anderen Ländern für eine eigene Sichtweise zu motivieren. Viele Staaten fordern

ein selbstständiges und freies Palästina. Nach der anschließenden interessanten Diskussionsrunde waren sich alle einig, zur anstehenden Demo von der Palästina Solidari-

rität Gießen „Gießen gegen Genozid“ am 11.7. aufzurufen und daran teilzunehmen.

M.L.



Manfred Ziegler, Henning Mächerle und Anita di Bianco

Rentenerhöhung – leider nicht für alle

Im Juli erhalten Rentner ihre erhöhte Rente. Dies ist wie auch in den letzten Jahren nicht einmal ein Inflationsausgleich. Außerdem hinkt die Rentenhöhe der Lohn- und Preisentwicklung um mehr als ein Jahr hinterher. Besonders ärgerlich ist die Erhöhung für Rentner, deren Bezüge niedriger sind als das Bürgergeld. Sie sind auf Grundsicherung angewiesen. Bei dieser wird der ganze Mehrbetrag vom Bürgergeldsatz abgezogen. Aber nicht nur das, sie müssen alle Unterlagen für die Neuberechnung und einiges mehr einreichen. Verlangt werden Kopien aller Kontoauszüge der letzten drei Monate, der neue Rentenbescheid und ein gültiger Personalausweis. Wenn der Ausweis abgelaufen ist und nicht rechtzeitig ein neuer beantragt wurde, steht der Betroffene dumm da. Da die Ausstellung mehrere Wochen dauert, hat er keine Chance die Fristen einzuhalten. Das ist sowieso schwierig. Die Aufforderung zur Einreichung der Unterlagen kommt Anfang Juli, Abgabetermin ist der 17. Juli. Die



Rentenbescheide werden aber erst Mitte Juli verschickt. Die Schreiben der Behörde enthalten die Drohung, bei nicht rechtzeitigem Eingang aller Unterlagen würden die Zahlungen eingestellt. Da Bezieher von Grundsicherung meistens über keine Rücklagen verfügen, führt dies zu Existenzängsten. Die meist alten und oft nicht mehr besonders

fiten Menschen müssen in kurzer Zeit viel erledigen - Behördengänge, Kopierarbeiten, Telefonate mit Behörden und ähnliches. In diesem Jahr erhielten die Leistungsempfänger noch ein weiteres Schreiben. Ihnen wurde mitgeteilt, dass sie eventuell von der Rentenversicherung eine zusätzliche Zahlung nach dem „Erwerbsminderung (EM)-Bestandsrentenverbesserungsauszahlungsgesetz“ (das ist kein Witz) bekommen. Falls dies der Fall ist, muss das sofort gemeldet werden. Die Bezieher der Grundsicherung haben nichts von diesem tollen Gesetz, ihnen wird der Mehrbetrag abgezogen.

Der Aufwand ist völlig unnötig. Der Prozentsatz der Rentenerhöhung ist allen beteiligten Ämtern bekannt, die neuen Bezüge könnten automatisch errechnet werden. Den Beziehern und den Beamten würde das Arbeit und Ärger ersparen. Aber so leicht will es der Staat seinen Bürgern und Beschäftigten nicht machen.

Gernot Linhart

Linke siegt in Frankreich – vorläufig

Die Angst vor dem Sieg der Rechten hat Frankreichs Linke gezwungen, sich zusammenzuschließen. Im zweiten Durchgang der Parlamentswahlen kam die „Nouveau Front populaire - NFP“ (Neue Volksfront) auf den ersten Platz (182 Sitze). Es folgte Macrons Bürgerblock (168 Sitze) und der rechte Rassemblement National – RN (143 Sitze). Im Vorfeld der Wahl hatten sich Macron und die neue Volksfront abgesprochen. Mehr als 200 drittplatzierte Kandidaten des Regierungslagers und des links-grünen Wahlbündnisses entschieden sich zu einem taktischen Rückzug. Aber der RN ist die stärkste Kraft. Im zweiten Wahlgang kam er auf 8,8 Mio. Stimmen, während das Linksbündnis nur rund sieben Mio. Stimmen erhielt. Macrons Wahlverein erhielt rund 6,3 Mio. Stimmen. Der Sieg der Volksfront ist also dem französischen Wahlsystem geschuldet. Die Linke weiß, dass sie jetzt Erfolge vorweisen muss, soll dieser Sieg kein Pyrrhussieg gewesen sein. Noch

am Wahlabend versprach sie, wesentliche Entscheidungen Macrons zurückzunehmen: Annullierung der „Rentenreform“, Rücknahme der Verschärfung der Beschäftigungslosenversicherung und Ablehnung der neuen Abschieberegeln für unerwünschte Immigranten. Weitere Punkte aus dem Programm sind: Erhöhung des Mindestlohns, automatische Anpassung der Löhne an die Inflation und Einfrieren der Preise für Energie, Treibstoff und Grundnahrungsmittel. Die Finanzierung soll über folgende Wege erfolgen: Reichensteuer, Klimaabgabe, Erhöhung der Erbschaftsteuer und eine Steuer auf "Supergewinne". In der Außenpolitik soll zwar der Staat Palästina anerkannt werden, aber die Waffenlieferungen an die Ukraine sollen weitergehen. Gerade bei den

Positionen zur Außenpolitik werden die großen Unterschiede in dem Bündnis besonders deutlich. Aber um irgendetwas ihres Programms durchzusetzen, müsste eine Linksregierung erst einmal zustande kommen. Als stärkste Kraft könnte die NFP vom Präsidenten verlangen, mit der Regierungsbildung beauftragt zu werden. Die Regierung hätte aber keine Mehrheit im Parlament.

Henning



6 Wochen kostenlos testen: www.unsere-zeit.de/abo/

Staatsräson – ein Begriff aus Zeiten der Monarchie

Angeblich ist die unbedingte Unterstützung der israelischen Regierung deutsche Staatsräson. Laut Fremdwörterduden bedeutet Staatsräson, dass die Interessen des Staates über alle anderen Interessen gestellt werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung übernimmt diese Definition in ihrem Online-Angebot „Junges Polit-Lexikon“. Dort wird erläutert: „War die Staatsmacht der Ansicht, dass es den Interessen des Staates dient, konnten Gesetze aufgehoben und sogar die Rechte einzelner Menschen missachtet werden“. Dazu wird bemerkt, Bedeutung habe die Staatsräson nur in früheren Jahrhunderten gehabt, als noch Könige und Fürsten über den Staat herrschten. In der Bundesrepublik spiele sie keine Rolle mehr.

Dass es jetzt wieder eine Staatsräson geben soll, geht auf die ehemalige Bundeskanzlerin Merkel zurück. Nach dem Besuch der zentralen Holocaust-Gedenkstätte in Is-

rael wollte sie einen guten Eindruck hinterlassen und proklamierte eingangsgenannte Staatsräson. Eine rechtliche Grundlage dafür gibt es nicht und kann es auch nicht geben, das widerspräche der sonst hoch gehaltenen „Freiheitlich-demokrati-

schen-Grundordnung“. Trotzdem versucht der Staat, diese Rason für jeden einzelnen Bürger verbindlich zu machen und Nichtbeachtung zu sanktionieren. Das kann auf keinen Fall akzeptiert werden.

Gernot Linhart



Foto: flickr.com

Julian Assange ist endlich frei

Ende Juni ist Julian Assange als freier Mensch in sein Heimatland Australien zurückgekehrt. Damit endet eine 14 Jahre andauernde Odyssee und Verfolgung des Journalisten. 2010 hatte er über die Plattform Wikileaks als geheim eingestufte Militärdokumente (Kriegstagebücher) über die US-Kriege in Afghanistan und im Irak veröffentlicht. Diese Unterlagen dokumentieren unter anderem Kriegsverbrechen des US-Militärs. Die USA

warfen Assange daraufhin Spionage und Geheimnisverrat vor. Die US-Geheimdienste setzten darauf eine weltweite Hexenjagd gegen Assange in Gang. Offen wurde ihm mit Ermordung gedroht. Aber auch andere „lupenreine Demokratien“, wie Schweden und Großbritannien, machten sich zum willigen Helfer der USA. Assange erhielt von Ecuador politisches Asyl und lebte von 2012 bis 2019 in der ecuadorianischen Botschaft in London. Nach einem

Regierungswechsel in Ecuador verlor Assange den Asylstatus und konnte durch die britische Polizei verhaftet werden. Seit April 2019 saß er im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London. Dort hielt man ihn mehr als 22 Stunden am Tag in einer drei mal zwei Meter großen Zelle fest. Früher wurde so etwas Isolationsfolter genannt. Eine Auslieferung an die USA scheiterte, unter anderem an dem massiven internationalen Druck. Zwar lehnte das oberste britische Gericht den Einspruch gegen die Auslieferung ab, aber nach einer erneuten Anhörung entschieden die britischen Richter im März 2024, dass Assange vorerst nicht an die USA ausgeliefert werden dürfe und die Möglichkeit eines Berufungsverfahrens bestehen bliebe. Die Biden-Regierung wollte sich das „lästige Problem“ vom Hals schaffen, war der Fall Assange im Wahlkampf doch längst zur Belastung geworden. Die US-Regierung und Assange einigten sich.

Der Journalist räumt einen Verstoß gegen US-Spionage-Gesetze ein und seine Strafe wurde als verbüßt angesehen. Der Fall zeigt exemplarisch die Doppelzüngigkeit der „westlichen Demokratien“, vor allem, wenn es um Verbrechen ihrer Führungsmacht USA geht.

Henning Mächerle



Julian Assange (Foto: @WikiLeaks)

Regierungswechsel in Ecuador verlor Assange den Asylstatus und konnte durch die britische Polizei verhaftet werden. Seit April 2019 saß er im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London. Dort hielt man ihn mehr als 22 Stunden am Tag in einer drei mal



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Di. 6.8. um 17 Uhr:
Kundgebung "Hiroshima mahnt" am Hiroshima-Platz (Katharinengasse); Friedensnetzwerk Gießen



Do. 15.8. um 19 Uhr:
Gruppenabend / MV DKP GI, Winchester-Zimmer, Kongresshalle

So. 18.8.:
Redaktionsschluss Sep.-Echo

Fr. 23.8. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichsand 9

Fr. 23. bis So. 25.8.:
UZ-Friedenstage in Berlin

Sa. 31.8. ab 15 Uhr:
Sommerfest der DKP Gießen; Infos unter giessen@dkp.de

So. 01.09. von 11 bis 16 Uhr:
Matinee mit Erich Schaffner und Georg Klemp zum Antikriegstag, danach Sommerfest DKP Lahn-Dill, Wetzlar Kulturzentrum Franzis, Franziskanerstr. 4 – 6, Wetzlar

Sa. 7.9. ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand DKP GI, Marktplatz

Do. 03.10. ab 12:30 Uhr:
Bundesweite Friedensdemonstration, Berlin; siehe: <https://bremerfriedensforum.de/2024/07/21/rundbrief-nr-1-friedensdemonstration-am-3-oktober-2024-in-berlin/>

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** geriet die Gießener Metallfabrik Bänninger in eine Krise. Erst im Jahr davor hatte sie 40 Arbeiter aus der Türkei geholt, um eine Reserve für steigende Produktion zu haben, nun führte sie Kurzarbeit ein und entließ Arbeiter. In einer neu gebildeten Abteilung für Kupfer- und Kunststoffteile litten die Beschäftigten unter Staub und Gefährdung durch Säuren.

Vor **40 Jahren** offenbarte der damalige US-Präsident vor einem bereits eingeschalteten Mikrofon seine Gesinnung. Er erklärte die Sowjetunion für vogelfrei und kündigte an, in fünf Minuten mit der Bombardierung zu beginnen. Ein so schlechter Scherz wäre auch den jetzigen Präsidentschaftskandidaten zuzutrauen.

Vor **30 Jahren** kündigte die Gießener Wohnbau für die nächsten Jahre Mietsteigerungen bis zu 45% an. Für ein Drittel der 7.200 Bestandswohnungen lief nach 30 Jahren die Mietpreisbind-

ung aus. Mit der Modernisierung der alten Wohnungen hinkte die Wohnbau hinterher. Auch der Neubau lag weit unter dem Bedarf. Ihrer eigentlichen Aufgabe, bezahlbaren Wohnraum für alle Gießener zu schaffen, kam der kommunale Betrieb nicht nach.

Vor **20 Jahren** nahm an einer Beratung zur Stadtsanierung im Bereich der Schanzenstraße ein Beauftragter des Gießener Immobilienspekulanten Shobeiri teil. Er behauptete, die dort befindliche Suchthilfe (früher bekannt als Drogenberatung) sei ein Schandfleck. Dieser müsse beseitigt werden, damit Investoren wie Shobeiri dort Geld anlegten.

Vor **10 Jahren** gaben bei einer Befragung zur Bürgerbeteiligung nur ein Viertel der angeschriebenen 1.000 Gießener ihren Fragebogen ausgefüllt zurück. Das Desinteresse ist verständlich. Nur wenige Aktionen zur Bürgerbeteiligung führen zu einem für die Teilnehmer guten Ergebnis.

UZ-Friedenstage

23. - 25. August 2024 | Berlin

Save
the
date!

**Diese Zeit braucht dieses Fest:
Unterstützt die UZ-Friedenstage!**

Eintritt frei! Damit alle an den UZ-Friedenstagen teilnehmen können, bitten wir diejenigen, die es sich leisten können, um eine finanzielle Unterstützung! Bestell den Soli-Pin für die UZ-Friedenstage bei DKP Gießen

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwort.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an:
Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340
35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de

DKP Gießen bei YouTube, Facebook und Instagram